



Das ÖVP-Atom-Sündenregister



Gehrs „sensationelle“ Verdreifachung der EU-Atomforschungsmittel

Schüssels Kniefall vor der Atomlobby in Brüssel

Das Temelin-Fiasko von Schüssel und Pröll

Österreichisches Steuergeld für die Atomindustrie in Millionenhöhe

Reihenweise Pro-Atom-Abstimmungen im Europaparlament

Atomstrom statt Ökostrom: Das Umweltzerstörungsgesetz

Dossier

NR-Abg. Eva Glawischnig, stv. Bundes- und Umweltsprecherin

Wien, am 25. April 2006

Die Atom-Sünden der ÖVP



Sünde Nr. 1: Verdreifachung des EU Atomforschungsbudget

21. März 2006: BM Gehrler bezeichnet den aktuellen Vorschlag für das neue EU-Forschungsbudget als „sensationell“. Entgegen den ursprünglichen Plänen der EU-Kommission, die ein EU-Forschungsbudget von 73 Milliarden Euro vorsahen, sollen für die kommende Forschungsperiode nur mehr 54 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Völlig gegen dieses Trend soll der Anteil des EU-Atomforschungsbudgets gegenüber der letzten Forschungsperiode von 1,2 Milliarden auf 4,1 Milliarden Euro mehr als verdreifacht werden. BM Gehrler versteigt sich zur unfassbaren Behauptung, diese Aufstockung der Euratom-Mittel ändere nichts am Anti-Atom-Kurs Österreichs und es gehe um die Erforschung von mehr Sicherheit für Atomkraftwerke.

Tatsache ist, dass das so genannte 7. Forschungsrahmenprogramm Euratom neben den massiven und äußerst zweifelhaften Investitionen in die Errichtung des Fusionstest-Reaktor (ITER, geplanter Standort: Frankreich) auch Mittel für die Entwicklung neuer Reaktorkonzepte vorsieht. Konkret sind im Bereich Kernspaltung im 7. Rahmenprogramm u.a. folgende Ziele und Aktivitäten genannt:

- Ressourceneffiziente und wettbewerbsorientierte Nutzung der Kernenergie
- Entwicklung neuer Technologien für die Wiederaufbereitung von Atommüll („Trennungs- und Transmutationstechnologie“)
- Forschung an neuen Reaktorsystemen
- Entwicklung von Materialtestreaktoren

Der Pro-Atom-Kurs Gehrers verstößt zudem glatt gegen einen Nationalratsbeschluss aus Jänner 2004. Darin heißt es u.a. wörtlich:

Der Nationalrat ersucht die Bundesregierung, dass das EURATOM-Forschungsprogramm (...) anstelle neuer Nuklearprojekte weiter an das Ziel eines EU-weiten Atomausstiegs angepasst wird und die zukünftig zu gewährenden Mittel in das allgemeine EU-Rahmenforschungsprogramm integriert werden.

Eine Zustimmung Gehrers zum geplanten Euratom-Forschungsprogramm wäre ein Ja Österreichs zu einer weiteren Milliarden-Finanzspritze für die Atomindustrie, würde daher diesem Auftrag diametral zuwiderlaufen und die Bankrotterklärung der österreichischen Anti-Atom-Politik bedeuten. Auch den vergangenen beiden EU-Atomforschungsbudgets hat Österreich zugestimmt. Im 5. Euratom-Rahmenprogramm (1998-2002) wurden 1,26 Mrd. Euro, im 6. Euratom-Rahmenprogramm (2002-2006) 1,23 Mrd. Euro für die EU-Atomforschung ausgegeben.



Sünde Nr. 2: Schüssel lässt sich von Atomlobby über den Tisch ziehen

24. März 2006: Unter dem Vorsitz von Bundeskanzler und Ratspräsident Schüssel segnet der Europäische Rat einen Beschluss über die Zukunft der europäischen Energieversorgung ab, der einem Türöffner für die weitere Subventionierung der Atomindustrie gleichkommt.

An mehreren Stellen im Ratsbeschluss wurde der Begriff „low emission technologies“ verankert. Der Begriff ‚Technologien mit niedrigen Emissionen‘ ist ein Deckname für Atomkraft. Die Atomlobby will Atomenergie auf eine Stufe mit erneuerbaren Energieträgern stellen und behauptet, Atomenergie könne das Klimaschutzproblem lösen.

Damit droht einerseits die Festschreibung einer fixen Atomquote am EU-Energiemix und andererseits die Ausweitung der ungerechtfertigten Subventionen und Forschungsgelder für die Atomkraft. Letztlich werden so die Weichen für den Bau neuer Atomkraftwerke in Europa

gestellt. Mit diesem Beschluss ist die Österreichische Präsidentschaft im Anti-Atombereich gescheitert. Schüssel hat sich vor allem an EU-Kommissionspräsident Barroso gehalten, der ein deklariertes Befürworter der Atomenergie ist.

Tatsache ist, dass Atomkraft keine Lösung für den Klimaschutz ist. Um auch nur einen Beitrag von 15% zur nötigen Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 leisten zu können, müssten bis 2030 insgesamt 1200 neue AKW in Betrieb gehen, also eines alle sechs Tage. Heute sind gerade einmal 25 AKW in Bau. Ein solches Szenario ist sowohl technisch unmöglich, als auch unfinanzierbar, würde das Atomrisiko vervielfachen und die bekannten Uranreserven würden bereits 2030 aufgebraucht sein.



Sünde Nr. 3: Das Temelin-Fiasko

Das tschechische AKW Temelin ist das wohl größte anti-atom-politische Fiasko von BK und ÖVP-Obmann Schüssel, dem ehem. BM Molterer und BM Pröll. Zuerst schwieg BK Schüssel monatelang vor dem ersten Hochfahren von Block 1 des AKW Temelin im Oktober 2000. Dann wurde als Ergebnis des sogenannten Melker Prozess unter Aufsicht der EU-Kommission ein Staatsvertrag zwischen Österreich und Tschechien geschlossen, der festlegte, dass Temelin erst dann den kommerziellen Betrieb aufnehmen wird, wenn alle gravierenden Sicherheitsmängel behoben sind. Die ÖVP schaltete damals ganzseitige Inserate in allen Tageszeitungen, ÖVP-Obmann Schüssel und sein Vize Molterer bejubelten ihren angeblichen Verhandlungserfolg mit der Überschrift „Für Österreich gut verhandelt: Sicherheit für Temelin!“:

„Die österreichische und die tschechische Regierung haben sich darauf geeinigt, dass das Atomkraftwerk Temelin nachgerüstet werden muss – auf europäisches Sicherheitsniveau. (...) Die österreichischen Sicherheitsforderungen werden vollinhaltlich von Tschechien umgesetzt. (...) Temelin geht erst in kommerziellen Betrieb, wenn die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt sind. Die Vereinbarung ist rechtsverbindlich und nach einem Beitritt Tschechiens zur EU beim Europäischen Gerichtshof einklagbar.“

Auszüge eines ÖVP-Inserats in österreichischen Tageszeitungen am 7. Dezember 2001, unterschrieben von BK Schüssel und BM Molterer

Mittlerweile ist klar, dass die Ankündigungen der ÖVP-Spitze die glatte Unwahrheit waren. Der Melker Prozesses ist gescheitert. Das AKW Temelin ist bis heute nicht nachgerüstet und weit davon entfernt ist, jemals westeuropäisches Sicherheitsniveau zu erreichen. Trotzdem befindet sich Temelin längst im Vollbetrieb. Die tschechische Atomaufsichtsbehörde hat am 11. Oktober 2004 eine auf zehn Jahre gültige Betriebsbewilligung erteilt. Der österreichisch-tschechische Staatsvertrag wurde glatt gebrochen. Mehr als 80 Stör- und Zwischenfälle legen ein trauriges Zeugnis von der Unsicherheit des AKW Temelin ab.

Obwohl mehrfach vom Nationalrat per Beschluss dazu aufgefordert, hat es die Bundesregierung in den letzten Jahren verabsäumt, mit Tschechien über eine Stilllegung des AKW zu verhandeln.



Sünde Nr. 4 Österreichisches Steuergeld für die Atomindustrie in Millionenhöhe

Der österreichische Anteil am EU-Budget beträgt ca. 3%. Österreich ist seit 1995 EU-Mitglied und Mitglied in der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und trägt daher seit dem 4. Euratom-Rahmenprogramm die Finanzierung der EU-Atomforschung mit. Die ÖVP hat seit dem EU-Beitritt allen Forschungsbudgets zugestimmt.

4. Euratom-Rahmenprogramm (1994-1998):	1,336 Mrd. Euro
5. Euratom-Rahmenprogramm (1998-2002):	1,260 Mrd. Euro
6. Euratom-Rahmenprogramm (2002-2006):	1,230 Mrd. Euro

Gesamt 1994 bis 2006:

3,826 Mrd Euro

1. Beitrag Österreichs zwischen 1994 bis 2006: **114 Mio. Euro**
2. Wird das neue, 4,1 Milliarden Euro schwere EU-Atomforschungsprogramm beschlossen beträgt der österreichische Anteil daran weitere **123 Mio. Euro** in den Jahren 2007 – 2011.
3. Betrachtet man die geschätzten EU-Gesamtkosten für alle geplanten Kernfusionsprojekte von mindestens 3 bis 5 Mrd. Euro für die kommenden 15 bis 20 Jahre, die über das EU-Atomforschungsprogramm finanziert werden sollen, muss davon ausgegangen werden, dass auch das 8. und 9. Atom-Forschungsprogramm ähnlich hoch dotiert sein müssen. Österreich müsste daher bis 2020 alleine für den Bau des Fusionstestreaktor in Frankreich weitere geschätzte **250 Mio. Euro** an Steuergeldern bereit stellen.
4. Darüber hinaus zahlt Österreich aber auch direkt zusätzliches Geld für Kernfusionsprojekte. Österreichische Forschungsinstitute und Industriebetriebe beteiligen sich seit Jahren an der Entwicklung von Kernfusionsreaktoren. Seit 1996 sind österreichische Forschungseinrichtungen über einen Assoziationsvertrag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften an das EURATOM Fusionsforschungsprogramm angeschlossen. Dafür wurden von 1996 bis 2003 ca. 20 Mio. Euro aus dem österreichischen Budget für Kernfusionsforschung ausgegeben. Diese direkte österreichische Finanzierung wird fortgesetzt. Es kann davon ausgegangen werden, dass aus diesem Titel in den kommenden 15-20 Jahren weitere **50 Millionen Euro** aus dem österreichischen Budget in die Kernfusion fließen sollen.

Fazit aus 1. – 4.: Der österreichische Anteil an der Finanzierung der EU-Atom- und Fusionsforschung beläuft sich vom EU-Beitritt 1995 bis zum Jahr 2020 auf **insgesamt ca. 540 Millionen Euro** und kann sich je nach Entwicklung der teuren Kernfusionsprojekte auch noch verteuern.

Nicht mit einberechnet sind dabei jene Gelder, die Österreich anteilig für diverse andere nukleare Projekte nach Brüssel zahlt wie etwa die Programme für Bulgarien, Litauen und die Slowakei zur Stilllegung von nicht-nachrüstbaren Kernkraftwerken (ca. 760 Mio. Euro) oder die Programme Tacis und Phare, über die - mit anzweifelbarem Erfolg – die Sicherheit von AKW erhöht werden soll (ca. 1 Milliarde Euro im Zeitraum 1991 bis 2000)

Zum Vergleich: Die im österreichischen Budget für „Energiepartnerschaften“ mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten (Erneuerbare Energien und Energieeffizienz) zur Verfügung stehenden Mittel belaufen sich für die vier Jahre 2002 bis 2005 auf insgesamt vergleichsweise lächerlich geringe 1,5 Millionen Euro.



Sünde Nr. 5: Reihenweise Pro-Atom-Abstimmungen im Europaparlament

13. November 1996: Die ÖVP Delegation stimmt gegen einen Antrag, die Förderung der Kernenergie einzustellen und den Euratom Vertrag ab 2002 nur noch für den sicheren Abbau von Kernreaktoren und die sichere Endlagerung der Nuklearabfälle zu verwenden. Aufgrund ihres Stimmverhaltens wird der Antrag mit 244 gegen 237 Stimmen abgelehnt.

24. Oktober 2000: Die ÖVP Abgeordneten stemmen geschlossen gegen faire Wettbewerbsbedingungen und die Förderung Erneuerbarer Energien. Laut ÖVP Stimmverhalten ist die Förderung Erneuerbarer Energien eine unzulässige staatliche Beihilfe und nicht ein Ausgleich für Wettbewerbsnachteile.

Wieder ist das Stimmverhalten der ÖVP Abgeordneten entscheidend - die 2 betreffenden Änderungsanträge wurden mit einer hauchdünnen Mehrheit (einmal 3, einmal 6 Stimmen) abgelehnt.

8. November 2001: Im Rahmen einer Abstimmung zur sicheren Energieversorgung stimmt die ÖVP Abgeordnete Agnes Schierhuber als einzige Österreicherin für die Konstruktion "kostengünstiger Kernspaltungsreaktoren", um die europäische Energieversorgung zu sichern.

17. Jänner 2001: Zahlreiche Untersuchungen dokumentieren den Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran und stark erhöhten Krebs- und Fehlbildungsraten im Irak, im Kosovo und in anderen Einsatzgebieten. Dennoch stimmt die ÖVP Delegation gegen ein Aussetzen der Verwendung von Uranmunition.

24. September 2003: Die ÖVP Delegation stimmt geschlossen gegen eine "Konferenz zur Revision des Euratom Vertrags, um überholte und nicht mehr zutreffende Bestimmungen des Vertrags, insbesondere was die Förderung der Atomenergie und das Fehlen demokratischer Beschlussfassungsverfahren betrifft, aufzuheben".

13. Jänner 2004: Die ÖVP Delegation stimmt im Rahmen des "EU Atompakets" für die Verabschiedung der skandalösen "Richtlinie über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen".

23. März 2006: Abg. Rübiger (ÖVP) stimmt bei einem Entschließungsantrag dafür dass Kernfusionstechnologie und ihre Anwendung von strategischer Wichtigkeit sind und deshalb in der EU weiterentwickelt werden sollte.



Sünde Nr. 6: Atomstrom statt Ökostrom: Das Umweltzerstörungsgesetz

Im Herbst 2004 legen BM Pröll und BM Bartenstein eine Novelle zum Ökostromgesetz vor, die eine massive Kürzung der Fördermittel für neue Ökostromanlagen und eine deutliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Ökoenergieanlagen vorsieht. Nach einjährigen Verhandlungen beschließen im November 2005 ÖVP, SPÖ und BZÖ im Wirtschaftsausschuss des Nationalrates ein neues Ökostromgesetz, das eine Kürzung der Fördermittel um 80% vorsieht. Die Laufzeit der Förderungen wird von 13 auf 11,25 Jahre gesenkt (zum Vergleich: Deutsches Erneuerbare Energien Gesetz: Laufzeit 20 Jahre).

Gleichzeitig sollen künftig aus Ökostrommitteln die mittelgroße Wasserkraft (Investitionsförderung von 50 Mio. Euro bis 2012) und die Errichtung neuer Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (Investitionsförderung von 60 Mio. Euro bis 2012) gefördert werden. Das Gesetz soll Ende Mai vom Nationalrat endgültig beschlossen werden. Die Folgen: Der Ökostrom-Ausbau wird massiv gebremst. Atomstromimporte nach Österreich (derzeit bereits 15% am Gesamtstromverbrauch) werden weiter steigen. Österreichs Klimaschutzziel und die EU-Vorgaben bei Erneuerbarer Energie werden ist damit ganz klar nicht erreichbar. Tausende Arbeitsplätze, die durch forcierten Ökostrom-Ausbau entstehen würden, werden vernichtet. Technologieentwicklung und Innovation werden massiv behindert Exportchancen österreichischer Unternehmen werden zunichte gemacht. Die Abhängigkeit von teuren Ölimporten wird steigen, die dringend nötige Energiewende verunmöglicht.